

Die Welt



Gegründet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags mit der illustrierten Beilage Zeitbilder. Sonntags-Beilage: Monatsheft mit Kürzeleit der Berliner Botschaft und amerikanischem Fundament, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau. Recht und Leben, Turnen — Sport — Spiel, Für Reise und Wanderung.

Vorlag: Ullstein'sche Verlagsanstalt, Georg Bernhard, Verlags-Redaktion: Ullstein, Carl-Milch, Berlin, Ullstein-Platz. Manuskripte werden nur zurückgenommen, wenn Forts beiliegen.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Roßstr. 22-26

Wöchentlich 1.-Goldmark durch unsere Boten. Bezugs durch die Post 4.80 Mark. Bei Abnahme gegen höherer Gewalt oder Streit kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigen: Berlin in Goldmark: Nr. 23 Pfennig, Familien-Anzeigen um-Zeile 16 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmte Nummer

Schiedspruch im Bergbaustreit.

Die Parteien entscheiden.

Stach dreitägigen Verhandlungen ist über die Arbeitsfreistellungen im Ruhrbergbau am 16. Mai abend ein Schiedsspruch gefällt worden, dessen wesentlicher Inhalt folgender ist:

1. Der Tarifvertrag für das schiefwühlereisfreie Steinkohlenrevier vom 1. August 1922 (Reparaturzeit) ist in seinem wesentlichen Bestandteile bis zum 30. Juni 1925 verlängert worden. Besonders zu vermerken ist hier bezüglich, daß die von den Bergleuten als bestehende Reparaturzeit anerkannt und die von den Bergbauern als bestehende Reparaturzeit anerkannt worden ist. Er ist mit gemeinotziger Räumigungsfrist kündbar und falls Kündigung nicht erfolgt, drei Monate weiter.

2. Die Arbeitszeit ist in der Weise geregelt, daß die Bestimmungen des Rahmenvertrages aufrechterhalten worden sind, wobei aber eine Flexibilität in der Regelung der Arbeitszeit festgelegt wurde. Die Arbeitszeit beträgt für die Arbeiter unter Tage und für die Arbeiter über Tage, die unmittelbar mit der Förderung zu tun haben, eine Stunde. Für die Arbeiter in durchgehenden Tagesbetrieben beträgt die Arbeitszeit bis zu zwei Stunden. Die Arbeiter sind allerdings diejenigen Arbeiter angenommen, die in besonders schwierigen Verhältnissen arbeiten. Die Arbeitszeit wird entsprechend der gestiegenen Stundenzahl geregelt, aber ohne besonderen Aufschlag. Diese Regelung entspricht im allgemeinen dem Stande, wie er seit Juli 1923 festgesetzte Vereinbarung entsprechend geltend hat. Die Regelung der Arbeitszeit gilt bis zum 31. März 1926 und kann zu diesem Zeitpunkt erneuert, mit zweiseitiger Zustimmung geändert werden.

3. Die Unparteilichen haben ferner zur Vermeidung der Arbeitsfreistellungen vorgeschlagen, daß sämtliche Arbeitnehmerschaften in die Betriebskommissionen gelassen, mit der sie in besonders schwierigen Verhältnissen arbeiten werden dürfen, die sich schwerer Verletzungen fähig gemacht haben. Um überflüssige Bewegungen nicht stattfinden zu lassen, die ausfallenden Arbeitsschichten sollen im Hinblick auf die tariflichen Bestimmungen nicht als Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses gelten.

Die Köhne sind bekanntlich durch Schiedspruch, der von den Arbeitnehmern angenommen wurde, kürzlichs um 15 p. g. erhöht worden.

Nachdem der Vorsitzende, Herr Präsident Dr. Hausmann, die Verhandlungen geschlossen hat, lud der Reichsarbeitsminister die Mitglieder des Schiedsgerichts und die Parteien nochmals zu sich und dankte für die in den dreitägigen Verhandlungen geleistete, außerordentliche Arbeit. Er wies auf die ungewöhnliche Bedeutung der vorliegenden Arbeitsfreistellungen hin und auf die hohe Verantwortung, die die Parteien namentlich bei ihrer Entscheidung über den Schiedspruch zu tragen hätten, und gab die Möglichkeit an, daß der Arbeitsvertrag im Schiedsgericht möglich sei hergestellt werde.

Der neue Schiedspruch stellt gegenüber der bisherigen Lage keine besondere Veränderung dar. Als wichtigstes Ergebnis dürfen die Arbeitnehmer blicken, daß der Schiedspruch an der grundsätzlichen Schließung von sieben Stunden besteht und die alte Regelung, wenigstens theoretisch, als Ueberführung betrachtet. Dagegen wird es im Arbeitsvertragsbereich als eine wesentliche Verbesserung angesehen, daß die neue Regelung über die Arbeitszeit ohne Rücksicht auf eine etwaige Aufhebung der Rhein-Berträge bestehen soll, während nach dem früheren Schiedspruch die Festlegung der Arbeitszeit mit dem 1. November 1924 befristet war. Im Ruhrgebiet sind bereits zu heutzutage die Vertreter der Parteien einberufen worden, um zum Ergebnis der Schieds Verhandlungen Stellung zu nehmen. Von dem nächsten Freitag her beginnt der Schiedspruch in Kraft zu treten, er wird durch das Ergebnis aufzueinander sein wird, und so wird schließlich die Frage, ob es zu einer Annahme, somit, davon abhängen, ob die ruhigen Elemente in den Konferenzen die Oberhand gewinnen. Da jedoch bei einem Teil der Bergarbeiter bei der Ablehnung der Schiedsentscheidung auf die Nebenfragen (Urlaub und Depotsache), in denen der Schiedspruch zu einem gewissen Erfolg geführt hat, eine Rolle gespielt haben, ist wohl vielleicht die Majorität ihre Zustimmung zum Berliner Schiedspruch geben.

Den Kurs geradehalten!

Dr. A. Meißner

Stützte des Weidnerbürgers Handbogens.

Unmittelbar nach den Reichstagswahlen konnte man der Meinung sein, daß es zweckmäßig sei, namentlich den deutschen nationalen Einfluß auf die Führung der deutschen Politik einzuschränken!

Nicht aus dem Grunde, weil etwa die Deutschnationalen als Sieger aus den Wahlen hervorgegangen wären!

Um zu dem Ergebnis zu kommen, ließ schon die Bedeutung der deutschnationalen Parteien und die Presse nötig, die das deutsche Volk glauben machen wollte, die Stimmen von und nicht einem Haufen der deutschen Wähler, für die Deutschnationalen abgegeben, seien abgeben, sondern mit dem Willen des deutschen Volkes, nach deutschnationalen Rezepten regiert und begünstigt zu werden!

Aber es ist ja unbestreitbar, daß neben der allgemeinen Realpolitik der deutschen Völker, die sich ganz gleichmäßig in der Befriedigung der Forderungen rechts und links ausdrückt, ein ganzes Heftchen sich in der Identität der Wähler zur Geltung gebracht hat, und von da aus könnte man den Willen des deutschen Volkes folgern, daß man namentlich guttun, den Deutschnationalen das Stadium des Staatsführers anzuweisen.

Während es sich im wesentlichen um die um die Probe aus dem Beispiel der „ErfüllungsPolitik“ zu machen, als um die Deutschnationalen zu zwingen, mit dem Augenblick, wo sie Verantwortung zu tragen anfangen, sich ebenfalls wie vorher gegen die deutsche Volkspartei, in die gleiche Linie der Partei zu stellen, und wie sie folglich unter dem Zwang der Verhältnisse alle deutschen Regierungen getrieben haben. Zur inneren Entgiftung des deutschen Volkes ist es nötig, den Wählern und der Opposition von getrennt eine partei Zeitung über das Thema „Nationalität“ zu erstellen!

Was aber getrennt wahr ist, braucht es heute nicht mehr zu sein!

Dem Frankreich Poincaré konnte man als sprechendem Bemeis für die Torsität seiner die deutschen Exzeme fördern die deutsche Regierung durch über die Gegenüber gegenüber, eine Regierung, die in ihrer Lage, wie sie die andere sich zur Anerkennung der deutschen Lebensnotwendigkeiten ohne jede Rücksicht auf „Wahlsprüche“ gezwungen gesehen hätte!

Wenn aber alles Erwarten das System Poincaré in Frankreich zum Zusammenbruch ist, müssen diese Gedanken als überholt und obsolet erachtet! Wie immer die französische Regierung von morgen aussieht wird, das ist nicht sicher: die Möglichkeit einer friedlichen Lösung der deutschen und europäischen Krise hat sich in einem Maße vergrößert, es ist nicht in Europa vor den französischen Wählern hoffen können!

In diesem Augenblick eines sich aufhellenden ausenpolitischen Horizontes dürfen wir nicht aus irgendwelchen innerpolitischen Gründen die Ergebnisse der deutschen Reichstagswahlen zu Gunsten der Deutschnationalen in ihrer ganzen Ausdehnung in Deutschland fest, das dem System Poincaré gegenüber, sich die klare Mehrheit des Volkes für die Politik der bisherigen Regierung, mögen wir sie „Erfüllungs-“ oder „Befreiungs-Politik“ benennen (was ja beides ist), entscheiden!

Die klare Linie dieser Politik zu verlassen und sie durch einen deutschnationalen Stützpunkt zu ersetzen, der vom „mannhaften Rein“ bis zu einer schamigen „Auslieferung“ alle Grade der politischen Wundstocher anzuzeigen kann, würde bedeuten, gegen die Willen und gegen das Wohl des deutschen Volkes die außenpolitische Befreiung der Lage von aus wieder zu tun!

Zu dem vielleicht ergebendsten Augenblick, wo das deutsche Schiff aus dem stürzenden Sturm der letzten Jahre in das freiere Meer ausbrechen könnte, kann man nicht einen Kurs der „Nationalität“ annehmen, der die Steuerleute, die noch nicht taugen, als dem deutschen Volk die bisherige Richtung verbotlich zu machen!

Wenn in diesem Augenblick, geprengt durch innerpolitische Bewegung, die Parteien auseinanderfallen, die bisherige Linie und Langsam im künftigen Augenblick haben, dann ist stark zu befürchten, daß es neue, deutschnationalen außenpolitische Methoden — denen es bei allem nicht gelingen könnte, andere Ziele zu erreichen! — die außenpolitische Situation, das Innere, das die verhängnisvollsten Elemente in England und Frankreich ausfindet, und eine neue Entente der Feinde Deutschlands sich wiederherstellt!

Die Überzeugung, daß in Deutschland keine andere Außenpolitik gemacht werden kann als die der letzten Jahre, ist ein sehr gefährliches Verhängnis, das den deutschen Wählern eine neue neue Partei aufreithalten. Ein Wechsel der Regierung und des Reichstageskomitees der bisherigen grundsätzlichen Opposition, das

Gefahren der Rechtshege.

Eine amtliche Warnung.

Von amtlicher Seite wird bei Gelegenheit der Abwehr deutschnationaler Angriffe auf die preussische Regierung die Gefahr des Rechtsheges im Zusammenhang mit dem Ziel der Kolonial-Überlieferung in Stolp grundsätzlichs folgendes gesagt:

„Für jeden objektiven Beobachter ist es seit einigen Wochen völlig klar, daß rechtshegische Gruppen nach einem einseitigen Plan daran arbeiten, im Lande eine politische Krise und soziale Situation zu erzeugen, die sich schließlich zu Zuständen entwickeln wird, die für das deutsche Volk von den schwersten und tiefsten Interessen des Landes auf das schärfste zuzunehmen ist. Die ganze Situation hat eine auffallende Ähnlichkeit mit der des Sommers 1922. Auch damals waren in allen Teilen des Landes unter allen Umständen unter neuen Bedingungen Forderungen, Regimentsangelegenheiten, „Dunkle Tage“, Forderungen, Demoralisierungen u. a. m. vorgenommen, die Teile des Feldmarschalls v. Hindenburg nach Österreich emigriert, und so ganz zielbewußt und planvoll die vorhandenen Gegenstände in der Bevölkerung verteilte und die Ereignisse geschäftet. Am Ende dieser gemittelten Zusammenkunft fand dem Reichsamt nach mit seinen innen- und außenpolitischen Folgen, Seite nun sollte schon die elementare Notwendigkeit und die einfache Pflichtnahme auf die wirtschaftlichen Interessen des Volkes in dem Zustand der politischen Krise aller Schichten, die in der Lage sind, die politische Krise zu beenden, aber durch übergründlichen Reichstagsarbeiten abgelenkt zu werden und so nicht durch parlamentarische Wege der Bevölkerung zu einem Dauerzustand zu gestalten. Statt dessen, wie gelang, gewisse rechtshegische Gruppen sind durch planmäßig im ganzen Lande verbreitete, meist sehr harmlos klingende, aber doch aus nicht so harmlos gemeinte Besprechungen aller Art und insbesondere durch öffentliche Umzüge mit stark militärischem Gepräge die Bevölkerung anzuwerben. Es geben dabei, ganz naturgemäß, den internationalen Elementen, die auch hierher das Volk nicht nur durch die Presse, sondern auch durch die vielfältigen Gelegenheiten zu Ausbreitungen. Darüber hinaus aber werden die große Massen von ruhigen, besonnenen und ehrlich um das Wohl des Landes besorgten Staatsbürgern in tiefe Erregung und Unruhe versetzt.

Die preussische Staatsregierung hat die Aufgabe, die Ruhe und Ordnung im Lande zu erhalten. Ihren Mitgliedern nach dem überaus weitgehenden Entgegenkommen gegenüber den Verhältnissen der Reichstags Demonstrationen,

nach der Rechtshegung der öffentlichen Meinung nach „nationalen Einflüssen“ zu vermeiden, ist ihnen nicht mehr eine objektive Unmöglichkeit, sondern eine demagogische Entstellung der Tatsachen.

Die preussische Staatsregierung, die nicht gewillt ist, die Dinge wieder immer zu tun, wie sie im Herbst 1922, wird deshalb unerbittlich an dem vom Reich ausgehenden Richtlinien des allgemeinen Verbotes öffentlicher Kundgebungen im Freien festhalten. Die versammelmäßig garantierte Mitgliedschaft, in geschlossenen Sälen des politischen Gedankenaustausch zu pflegen und wichtige Feiern abzuhalten, kann und muß in dieser entscheidungsabhängigen Zeit, fern politischer, von Versammlungszwecken abgelenkt werden.

Diese Reglementation ist im übrigen gerade bei deutschnationalen Presse verständlich sein, die in den letzten Jahren bei der offiziellen Besprechung immer wieder betont hat, daß in unserer Zeit „kein Raum für Feiern“ sei.

Dieser Kundgebung der preussischen Staatsregierung kommt eine ganz besondere Bedeutung zu. In den letzten Tagen ist immer beständlich hervorgerufen, daß der internationalen Stützpunkt der Deutschnationalen Volkspartei es darauf abzielt, das Ergebnis der Wahlen durch Gewaltmittel zu forcieren.

Das Programm dazu hat erst kürzlich Max Wundtbrocker in der „Deutschen Zeitung“ veröffentlicht. Er hat versprochen, daß die rechtshegischen Kreise sich konzentrieren auf die Erfüllungspolitik und damit jede Konnotation auf parlamentarischer Grundlage ablehnen, trotzdem aber zur Macht gelangen wollen. Sie wollen nicht verheimlichen mitarbeiten, sondern es eben als „Reinigung der Politik“ annehmen, auf die Gefahr eines Bürgerkriegs und völliger Zerstückelung des Reiches hin. Schon vor kurzem wurde angekündigt, daß das Zentrum der „nationalen Aktion“ nach Norddeutschland verlegt werden solle, da die Bayern „zu dem neuen Zentrum“ nationaler Bewegung nicht geeignet seien. Die rechtshegischen Organisationen werden Argument der Schiedsprügel bilden. Außerdem soll, wie Wundtbrocker angekündigt hat, die Landwirtschaft mobil gemacht werden, d. h. in gegebenen Fall in den Weidkreis einziehen. Das alles ist eine Pläne, deren Gelingen gefährlich ist, und die nicht durch Vermeidung, sondern durch Berechnung und auf einer falschen Einschätzung der Volkspartei beruhen.